



# Wie fair ist der kantonale Finanzausgleich?

Geberkantone und der Bund wollen weniger in den Finanzausgleich zwischen den Kantonen (NFA) zahlen. Die Nationalratskollegen Nadine Masshardt (SP) und Andrea Caroni (FDP) diskutieren über Grenzen und Möglichkeiten des NFA.



  **Von: Nadine Masshardt**  
An: Andrea Caroni

Lieber Andrea

Diese Woche stimmten wir im Nationalrat darüber ab, wie der Finanzausgleich zwischen den Kantonen in den nächsten vier Jahren ausgestaltet sein soll. Immer wieder lesen wir Schlagzeilen, dass gewisse finanzstarke Kantone weniger Geld einzahlen wollen. Leider geht dabei oft vergessen, dass dieses Instrument sehr wichtig ist für den nationalen Zusammenhalt und die Solidarität unter den Kantonen.

Dass der Bundesrat und mit ihm eine Mehrheit des Nationalrats den Finanzausgleich reduzieren will, finde ich falsch. Wie siehst Du das?

Beste Grüsse  
Nadine

  **Von: Andrea Caroni**  
An: Nadine Masshardt



Liebe Nadine

Ich habe auch gegen die Senkung gestimmt. Es stimmt zwar, dass alle Kantone zurzeit die Mindestausstattung übertreffen. Das kann aber schnell ändern. Zudem haben die Kantone vom Bund viele Aufgaben übernommen, die besonders stark wachsen (wie z.B. die Pflege). Da muss man den Bund zulasten der Kantone entlasten.

Auch viele weitere systemfremde Vorschläge lehnte ich ab. Dazu gehören all die, welche den Kantonen ihre eigenständige Steuerpolitik verbieten wollen.

Was hältst Du denn von solchen Steuerkartell-Vorschlägen?

Liebe Grüsse  
Andrea


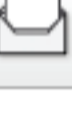
  **Von: Nadine Masshardt**  
An: Andrea Caroni

Lieber Andrea

Diskussionen über den Finanzausgleich und kantonale Steuerpolitik gehören zusammen. So wäre ein kantonaler Steuerwettbewerb ohne Finanzausgleich fatal. Es käme zu noch mehr Steuerdumping für Reiche und Firmen als heute. Der Kanton Schwyz beispielsweise beschwert sich über seine Beiträge, die er in den Finanzausgleich leisten muss. Die Ursache für das Defizit im kantonalen Haushalt ist jedoch die gescheiterte Tiefsteuerstrategie.

Findest Du nicht auch, dass man in einer solchen Situation die eigenen Hausaufgaben machen sollte statt den bewährten Finanzausgleich zu torpedieren?

Beste Grüsse  
Nadine

  **Von: Andrea Caroni**  
An: Nadine Masshardt


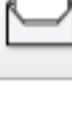
Liebe Nadine

Der Steuerwettbewerb ist - wie jeder Wettbewerb - ein Garant für Fitness und steht im Dienste der Bürger. Jeder Kanton hat darin seine eigene Balance zu finden.

Der NFA dämpft dabei die grössten Ausschläge: Wer mit tiefen Steuern Unternehmen anzieht, zahlt einen gewissen Ausgleich, was extrem tiefe Sätze unattraktiv macht.

Meine Frage war aber eine andere: Erteilst Du auch denjenigen eine Absage, welche Nehmerkantone systemwidrig verbieten wollen, ein attraktives Steuersystem zu haben?

Liebe Grüsse  
Andrea



  **Von: Nadine Masshardt**  
An: Andrea Caroni

Lieber Andrea

Wie jeder Wettbewerb funktioniert der Steuerwettbewerb nur, wenn er fair verläuft. Der Schweizer Steuerwettbewerb ist jedoch oftmals nicht fair: Wenn jemand beispielsweise am Schwyzer Zürichseeufer wohnt, aber in Zürich arbeitet, so nutzt er hauptsächlich Zürcher Infrastruktur. Er zahlt aber im Kanton Schwyz Steuern und kommt also nicht für das auf, was er benützt.

Gerade weil es so keinen fairen und ehrlichen Wettbewerb gibt, braucht es in unserem kleinräumigen Land auch in Steuerfragen etwas Harmonie. Findest Du es denn auch problematisch, dass der Bund eine allgemeine Schulpflicht vorschreibt, obwohl die Bildungshoheit bei den Kantonen liegt?

Beste Grüsse  
Nadine

  **Von: Andrea Caroni**  
An: Nadine Masshardt

Liebe Nadine

Da Du meine konkrete Frage zweimal nicht beantworten wolltest, tu ich es selber: Natürlich soll jeder Kanton seine Steuerpolitik materiell frei festlegen dürfen.

Für die Mitbenützung städtischer Infrastruktur gibt es den Lastenausgleich im NFA und Verträge unter einzelnen Kantonen (Ausserrhoden zahlt z.B. ans Stadttheater St. Gallen).

Ich könnte mir schon vorstellen, dass jemand auch an seinem Arbeitsort teilweise persönlich Steuern zahlen würde (wie heute schon Grenzgänger). Dann müsste er aber eigentlich auch teilweise am Arbeitsort stimmen dürfen, denn wer zahlt, befiehlt.

Liebe Grüsse  
Andrea